

1

dodis.ch/62483

*Gespräche des Bundespräsidenten Ogi anlässlich des WEF in Davos
vom 29.–31. Januar 1993¹*

BILATERALE GESPRÄCHE AM RANDE DES JAHRESTREFFENS 1993
DES WORLD ECONOMIC FORUM (WEF)

Nicht zur Veröffentlichung bestimmt

Bern, 2. Februar 1993

1. Am 28. Januar 1993 eröffnete Bundespräsident Ogi das diesjährige Jahrestreffen des WEF.² Zwischen dem 29. und 31. Januar traf er mit S. Berisha (Präsident Albaniens), Z. Zhelev (Präsident Bulgariens), J. Karimov (Präsident Usbekistans), R. F. M. Lubbers (PM der Niederlande), E. Aho (PM Finnlands), N. Sharif (PM Pakistans), A. Cavaco Silva (PM Portugals), C. Bildt (PM Schwedens), A. Suchocka (PM Polens), V. Chernomyrdin (PM Russlands), V. Klaus (PM von Tschechien), A. Moussa (AM Ägyptens), Sh. Perez (AM Israels), D. Hurd (AM Grossbritanniens), K. Matsuura (Vize-AM Japans), J. L. Bianco (Transportminister Frankreichs) sowie H. v. d. Broek (Kommissar für auswärtige Beziehungen der EG) zu informellen bilateralen Gesprächen zusammen.³ Er war zeitweise begleitet von Staatssekretär F. Blankart sowie Vertretern des EVED, des EDA und des BAWI. Es wurden auch zahlreiche Einladungen an Bundespräsident A. Ogi für bilaterale Besuche ausgesprochen.⁴

2. Gesprächsschwerpunkte bildeten:

a) mit den westeuropäischen Staaten: die Stellung der Schweiz nach dem 6. Dezember 1992.⁵

- 1 CH-BAR#E8001D#1997/5#2590* (303.6). *Diese an den Bundesrat gerichtete Informationsnotiz wurde vom Vorsteher des EVED, Bundespräsident Adolf Ogi, unterzeichnet und höchstwahrscheinlich von dessen persönlichem Mitarbeiter Christian Fotsch verfasst, vgl. die Notiz des Generalsekretariats des EVED vom 1. Februar 1993 im Dossier CH-BAR#E8001D#1997/5#2975* (320.4). Für die Gespräche, welche der Vorsteher des EVD, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, am WEF führte, vgl. dodis.ch/64727. Der Bundesrat nahm die beiden Informationsnotizen an seiner vierten Sitzung vom 3. Februar 1993 zur Kenntnis, vgl. CH-BAR#E1003-01#2006/306#1* (322.3).*
- 2 Für die Rede von Bundespräsident Ogi vgl. dodis.ch/65325. *In einem Schreiben an den Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, vom 11. Januar 1993 gab sich Bundespräsident Ogi überzeugt, «dass die Anwesenheit von zahlreichen Premierministern und Staatspräsidenten [...] die Präsenz des Bundespräsidenten als notwendig erscheinen lässt», vgl. dodis.ch/65143.*
- 3 Für das Programm der einzelnen Gespräche vgl. das Dossier CH-BAR#E8001D#1997/5#2975* (320.4). *Der argentinische Präsident Carlos Menem, der ebenfalls am WEF teilnahm, wurde am 1. Februar 1993 von Bundespräsident Ogi sowie den Bundesräten Delamuraz und Felber in Bern zu Gesprächen empfangen, vgl. dodis.ch/62490.*
- 4 *Zur Frage von Auslandsreisen und bilateralen Treffen des Bundespräsidenten vgl. DDS 1993, Dok. 3, dodis.ch/61431.*
- 5 *Zu den ausserpolitischen Folgen der Ablehnung des EWR-Vertrags in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C2217.*



b) mit den osteuropäischen Staaten: der Stand von Reformen und Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit mit der Schweiz⁶

c) mit Israel/Ägypten: der Nahostkonflikt und die Lage der deportierten Palästinenser⁷

3. S. Berisha, Präsident Albanien⁸

Präsident Berisha dankt der Schweiz für die bisherige, wertvolle humanitäre und medizinische Hilfe für sein Land.⁹ Als besonders hilfreich bezeichnet er die Hilfe und Zusammenarbeit auf den Gebieten Telefon und Elektrizität.¹⁰ Der Aufbau der Infrastruktur und die Umwandlung der Agrikultur sei das Hauptproblem in Albanien. Der Präsident des ärmsten Landes Europas glaubt den «point of no return» betreffend eines Rückfalls hin zum Kommunismus erreicht zu haben.

Albanien hofft auf eine noch engere Zusammenarbeit in den Gebieten Ausbildung (Gewerbe, Landwirtschaft) mit der Schweiz und bittet, die Saisonierfrage nochmals eingehend zu prüfen.¹¹

Albanien leidet massiv unter dem Bürgerkrieg in Jugoslawien (Risiko für Investoren) und befürchtet daher eine Destabilisierung von Mazedonien und Kosovo. Milosevic mit seinen Plänen eines Grossserbiens wird als Hauptschuldiger bezeichnet. Berisha ist überzeugt, dass nur militärische Massnahmen zu einem Frieden in der Region führen.

4. Z. Zhelev (ZZ), Präsident Bulgariens¹²

Z[helyu Mitev Zhelev] bedankte sich bei Bundespräsident Ogi für die Unterstützung Bulgariens durch die Schweiz.¹³ Er sicherte zu, dass die neue Regierung den Reformprozess fortsetzen werde. Die Zurückerstattung konfiszierter Güter habe

6 Zum Zusammenhang des Reformstands in Osteuropa und Zentralasien und der verstärkten Zusammenarbeit mit der Schweiz vgl. DDS 1993, Dok. 59, dodis.ch/64511.

7 Vgl. dazu auch DDS 1993, Dok. 25, dodis.ch/65375.

8 Zu den bilateralen Beziehungen zu Albanien vgl. die vorbereitende Notiz des Diensts Südosteuropa, Israel des Bundesamts für Aussenwirtschaft (BAWI) des EVD vom 20. Januar 1993, dodis.ch/65299.

9 Vgl. dazu die Notiz der Abteilung Humanitäre Hilfe und Schweizerisches Katastrophenhilfekorps des EDA vom 31. August 1992, dodis.ch/62775.

10 Zur schweizerischen Finanzhilfe im albanischen Telekommunikationssektor vgl. das BR-Prot. Nr. 406 vom 24. Februar 1993, dodis.ch/64111. Zur schweizerischen Finanzhilfe für dringend benötigte Importe im Energiesektor vgl. den von Bundesrat Delamuraz gewährten Antrag des Diensts für Wirtschaftsmassnahmen für Mittel- und Osteuropa des BAWI vom 1. Mai 1992, dodis.ch/61172.

11 Zur Frage der saisonalen Arbeitskräfte vgl. die Beilage zum Bericht über den Besuch einer gemischten Delegation in Albanien im September 1992, dodis.ch/61989. Da das Pilotprojekt um albanische Stagiaires in Schweizer Gewerbebetrieben nicht auf die erhoffte positive Resonanz stiess, zeigte sich die Schweiz 1993 diesbezüglich eher zurückhaltend, vgl. die Notiz des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD an Bundesrat Delamuraz vom 16. April 1993, dodis.ch/66677.

12 Am 28. Januar 1993 fand auf Einladung der bulgarischen Botschafterin in Bern, Elena Kirtscheva, bereits ein Essen mit dem bulgarischen Präsidenten Zhelyu Zhelev und Bundesrat Delamuraz statt, vgl. dodis.ch/64487.

13 Für eine Dokumentation über die Projekte der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Bulgarien vgl. dodis.ch/64909, S. 9–13.



Im Anschluss an das WEF in Davos empfängt Bundespräsident Adolf Ogi (rechts) am 1. Februar 1993 vor dem Landgut Lohn bei Bern den argentinischen Präsidenten Carlos Menem, dodis.ch/66525 (CH-SNM LM-179942.1).

den ersten Schritt der wirtschaftlichen Reformen dargestellt, jetzt befinde man sich in der Phase der Privatisierung. Aussenpolitisch unterhalte Bulgarien gute Beziehungen mit allen Staaten, selbst Griechenland (trotz Meinungsverschiedenheiten bezüglich Mazedonien). Westeuropa bilde die erste Option Bulgariens, andere Foren (Schwarzmeerkoperation) hätten sich dieser Priorität unterzuordnen.

5. I. Karimov, Präsident Usbekistans

Das fruchtbare Usbekistan ist sehr reich an hochreinen Mineralien (Gold, Silber). Präsident Karimov unterstrich, dass die Förderung dieser enormen Bodenschätze und deren fachgerechte Verarbeitung der usbekischen Bevölkerung zugute kommen soll.¹⁴ Damit soll das politische Hauptziel, Stabilität und befriedigende ökonomische Entwicklung, erreicht werden. Seit längerer Zeit ist eine neue Verfassung in Kraft, welche nach Aussagen von Karimov die demokratischen Regeln respektiert sowie die Handelsfreiheit und das Privateigentum garantiert.¹⁵

¹⁴ Vgl. dazu die Berichte der Missionen des BAWI nach Usbekistan vom Juni, August und November 1992, dodis.ch/61406, dodis.ch/61254 und dodis.ch/62768.

¹⁵ Zur Demokratisierung in Zentralasien vgl. die Notiz des Politischen Sekretariats des EDA vom 14. August 1992, dodis.ch/62171.

Usbekistan beabsichtigt, weiterhin primär eng mit ausländischen Firmen (nicht mit Staaten) zusammenzuarbeiten. Dazu seien schon unzählige Verträge abgeschlossen worden. Die Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Bankgesellschaft wird als sehr zufriedenstellend taxiert.¹⁶

Karimov versichert der Schweiz ausserdem, sich persönlich für eine reibungslose Eröffnung einer CH-Botschaft in Taschkent einzusetzen.¹⁷

Nach Karimov ist die Situation in Tadschikistan durch die jetzige Regierung unter Kontrolle gebracht worden.¹⁸ Der Fundamentalismus bilde in Usbekistan keine Gefahr.

6. R. F. M. Lubbers, Premierminister der Niederlande

Die Niederlande bekunden ihr Verständnis für die Haltung der Schweiz nach dem 6.12.92. Lubbers drückte die Überzeugung der EG aus, sie werde auch nach dem Nein der Schweiz die weitere Zusammenarbeit nicht verweigern. Innerhalb der EG müssten jetzt primär die Probleme mit Dänemark, Grossbritannien und vor allem Spanien gelöst werden.¹⁹

7. E. Aho, Premierminister Finnlands

PM Aho zeigt Verständnis für die CH-Position nach dem 6.12.92 und nimmt befriedigt zur Kenntnis, dass die Schweiz das Inkrafttreten des EWRV keineswegs verzögern wolle. Finnland wird am 1. Februar 1993 die EG-Beitrittsverhandlungen aufnehmen. PM Aho glaubt, das EG-Beitrittsreferendum in seinem Land zu gewinnen. Von entscheidender Bedeutung im Abstimmungskampf werde die Haltung der Vertreter des Bauernstandes und der Fischer sein.²⁰

8. N. Sharif (NS), Premierminister Pakistans

N[awaz Sharif] hob hervor, dass Pakistan ein System der freien Marktwirtschaft anstrebe und erwähnte lobend die guten Kontakte zu schweizerischen Geschäftsleuten.²¹

Im politischen Bereich sprach er die bekannte Kaschmirproblematik sowie das Verhältnis Indien-Pakistan an.²²

16 Vgl. dazu DDS 1992, Dok. 51, dodis.ch/60694, bes. Anm. 16.

17 Vgl. dazu die Notiz des Chefs der Politischen Abteilung I des EDA, Botschafter Jenö Staehelin, vom 11. Februar 1993, dodis.ch/66001. Zur Eröffnung der schweizerischen Botschaft in Taschkent vgl. DDS 1992, Dok. 51, dodis.ch/60694, sowie DDS 1993, Dok. 15, dodis.ch/56844.

18 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Tadschikischer Bürgerkrieg (1992–1997), dodis.ch/T2403.

19 Vgl. dazu die Notiz des Integrationsbüros EDA/EVD vom 7. Januar 1993, dodis.ch/64229.

20 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Vierte Erweiterung der EG: Österreich, Finnland, Schweden (1995), dodis.ch/T1878.

21 Vgl. dazu den Bericht des Direktors des BAWI, Staatssekretär Franz Blankart, vom 18. Mai 1993 über seinen Besuch in Pakistan, DDS 1993, Dok. 24, dodis.ch/64319.

22 Für die Entwicklungen im Kaschmirkonflikt vgl. die Notiz der Direktion für Völkerrecht des EDA vom 7. August 1992, dodis.ch/62575, sowie das Fernschreiben des schweizerischen Botschafters in Islamabad, Thomas Wernly, vom 1. November 1993, dodis.ch/66022.

9. A. Cavaco Silva (AC), Premierminister Portugals

A[níbal Cavaco Silva] erklärte, dass das Beitrittsgesuch der Schweiz vom Mai 1992 für Portugal eine Überraschung dargestellt habe.²³

Er zeigte sich enttäuscht über das EWR-Nein und unterstrich, dass die Ablehnung des EWR die südlichen EG-Staaten mehr treffe als die Mitglieder des Nordens. Seines Erachtens wäre es positiv, wenn die CH einige Gesten z. B. im Bereich der Familienzusammenführungen (Gastarbeiter) oder der Kohäsion machen könnte.²⁴ Er erkundigt sich, ob die Schweiz an der Regierungskonferenz von 1996 teilnehmen werde.

10. C. Bildt (CB), Premierminister von Schweden

BR Ogi erklärte ausführlich die Gründe, welche zum EWR-Nein des Schweizervolkes führten sowie das weitere Vorgehen und die Ziele des Bundesrates in seiner Europapolitik. Dabei kamen sowohl innen- wie aussenpolitische Fragen zur Sprache. C[arl Bildt] zeigte Verständnis für die schweizerische Position und sicherte Hilfe zu wo möglich.²⁵ Er führte aus, dass der EWRV 1992 unter Umständen auch vom schwedischen Stimmvolk abgelehnt worden wäre. Langsam werde es verschiedenen Regierungen in Europa bewusst, dass in ihrem Land das gleiche wie in der Schweiz passieren könnte. Er konstatierte, dass die schwedische Öffentlichkeit bis vor kurzem besser informiert war über aussereuropäische Fragen als über Themen der europäischen Integration.

11. A. Suchocka, Premierministerin Polens in Begleitung des Finanzministers J. Osiatgushi²⁶

Suchocka zeigte sich über die CH-Hilfe im Rahmen der Osteuropakredite und über die Wirtschaftsbeziehungen CH-Polen sehr befriedigt, insbesondere über das Engagement von ABB in Polen.²⁷ Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen

23 Bundespräsident Felber reiste Ende März 1992 nach Lissabon, um mit der portugiesischen EG-Präsidentschaft den idealen Zeitplan für das schweizerische Beitrittsgesuch zu erörtern, vgl. DDS 1992, Dok. 17, dodis.ch/62375, sowie die Notiz vom 2. April 1992, dodis.ch/61961. Für den Entscheid des Bundesrats vom 18. Mai 1992, ein Gesuch über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der EG zu stellen vgl. DDS 1992, Dok. 18, dodis.ch/58958, sowie die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1955.

24 Für die weiteren bilateralen Verhandlungen mit Portugal in diesem Bereich vgl. das BR-Prot. Nr. 1300 vom 30. Juni 1993, dodis.ch/64245, sowie den Kurzbericht des Integrationsbüros EDA/EVD vom 12. Juli 1993 über das dritte Treffen der schweizerisch-portugiesischen Expertengruppe für Fragen der Beschäftigung portugiesischer Arbeitnehmender in der Schweiz, dodis.ch/65302.

25 Im März 1992 kritisierte Premierminister Bildt die Schweiz in der schwedischen Presse «scharf als Alleinschuldigen an der Verschleppung des EWR» und warf ihr vor, «kein verlässlicher Verhandlungspartner zu sein», wogegen das EDA protestierte, vgl. dodis.ch/62865. Am KSZE-Gipfeltreffen vom Juli 1992 in Helsinki konnten Bundesrat Ogi und Premierminister Bildt die Angelegenheit «régler une fois pour toutes», vgl. dodis.ch/61150. Vgl. dazu auch die Zusammenstellung dodis.ch/C2282.

26 Der Vorsteher des EFD, Bundesrat Otto Stich, reiste vom 3. bis 5. August 1993 nach Warschau und traf dabei auch Premierministerin Hanna Suchocka und Finanzminister Jerzy Osiatyński, vgl. dodis.ch/64423. Ein Besuch von Premierministerin Suchocka in Bern, der am 25. Mai 1993 stattfinden sollte, wurde von polnischer Seite aufgrund der politischen Situation in Polen kurzfristig abgesagt, vgl. das Schreiben von Premierministerin Suchocka an Bundespräsident Ogi vom 21. Mai 1993 im Dossier CH-BAR#E2010A#2001/161#1731* (B.15.21(14)).

27 Für eine Dokumentation über die Projekte der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Polen vgl. dodis.ch/64909, S. 14–17. Für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der

zeigt gegen oben. Auch politisch habe das Land an Stabilität gewonnen. Hauptprobleme sind die öffentlichen Finanzen (Budget) und die Privatisierung. Suchocka bezeichnete die Situation in den jungen Nachbarländern als schwierig und rückständiger als in Polen (mit Ausnahme von Tschechien). Sie sieht auch nach dem Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei eine Zukunft für die Visegrader-Gruppe im Sinne eines «politischen Clubs». Polen will im Rahmen der Verfassungsreform eine Parteien-Quote einführen, um im Parlament klarere Mehrheitsverhältnisse zu kriegen.

12. V. Chernomyrdin (VC), Premierminister Russlands

BP Ogi drückte das Interesse der Schweiz an der Entwicklung in Russland aus, offerierte die Hilfe unseres Landes z. B. im Bereich der Ausbildung im Rahmen des möglichen und erneuerte die Disponibilität der Schweiz zum Empfang von Präsident Clinton und Jelzin auf Schweizer Territorium.²⁸ Nach V[iktor Chernomyrdin] wolle sein Land die ganze Wirtschaft auf freie Marktwirtschaft umgestalten. Allerdings brauche dieser Prozess seine Zeit.

Heute sei die Umgestaltung noch im Gange und die Situation nicht stabilisiert. Ein Problem stelle das Absinken des Lebensstandes der Bevölkerung sowie die mangelnde Ausbildung von Fachleuten dar. Diese Ausbildung sei eine Priorität seiner Regierung. Es sei der Wille Russlands, sich selbst zu helfen. Bei seiner Grösse müsse es das auch. Aber selbstverständlich seien Hilfe aus dem Ausland und fremde Investitionen sehr willkommen.

Er hebt hervor, wie schwierig eine Umstellung z. B. der Rüstungsindustrie auf andere Produkte sei. Deshalb sei vor allem Unterstützung im Bereich der Ausbildung willkommen. Wichtig sei, dass die zahlreichen Naturschätze genützt würden.

Im Zusammenhang mit Möglichkeiten zur Bewältigung wirtschaftlicher Probleme erklärt BP Ogi die Krise der schweizerischen Uhrenindustrie und deren Überwindung durch die Entwicklung der Swatch.

13. V. Klaus (VK), Premierminister von Tschechien

V[áclav Klaus] erläuterte die Gründe für die Trennung der Tschechoslowakei in zwei Teile.²⁹ Er wies auf die umfassende vertragliche Zusammenarbeit mit der Slowakei hin, die insbesondere das Fortbestehen eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes gewährleistet. Nur die Währungsunion steht unter Druck, dem sie möglicherweise nicht standhalten wird. Aussenpolitisch unterstrich er, dass sein Land in erster Linie gute Beziehungen zu den Nachbarn suche.

Mit der EG, die sich handelspolitisch gegenüber dem Osten zu wenig öffne, habe er etwas Mühe.

Tschechien werde in 2–3 Jahren ein «normales» europäisches Land sein. Aber sein Ziel sei nicht das Europa von Maastricht. Er könne nicht akzeptieren, dass die EG Europa darstelle, evtl. ergänzt durch einige Anhängsel. Länder wie Tschechien

Schweiz und Polen vgl. dodis.ch/66752. Vgl. zudem für ein Umschuldungsprojekt der Schweiz mit Polen, DDS 1993, Dok. 33, dodis.ch/64422.

28 Zum Angebot, ein Treffen des US-Präsidenten Bill Clinton und des russischen Präsidenten Boris Jelzin in der Schweiz durchzuführen, vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C2553.

29 Zur Auflösung der Tschechoslowakei vgl. DDS 1992, Dok. 57, dodis.ch/61144.

brauchten nach Jahren forcierten Zusammenlebens unter dem kommunistischen System die Möglichkeit, ihre nationale Identität zu leben.

14. A. Moussa (AM), Aussenminister Ägyptens

Zur Sprache kamen der Friedensprozess im Nahen Osten sowie das Problem der 400 deportierten Palästinenser.³⁰ A[*mr Moussa*] unterstrich, dass sich Ägypten verantwortlich fühle für den Fortgang des Friedensprozesses. Das Prinzip «land for peace» müsse 100% durchgesetzt werden. Ägypten sei bereit zu helfen, damit für die deportierten Palästinenser bis zum Beginn der nächsten Runde des Friedensprozesses am 8.2.93 eine Lösung gefunden werde.

*15. Sh. Perez (SP), Aussenminister Israels*³¹

Deportierte Palästinenser: S[*himon Peres*] erläuterte die Haltung der israelischen Regierung im Lichte des Entscheides des israelischen Obergerichtes. Israel sei gegen eine Verzögerung des Friedensprozesses und damit gegen die Verschiebung der nächsten Verhandlungsrunde am 8.2.93.

In Bezug auf Rückgabe der besetzten Gebiete wiederholte er die bekannte Haltung Israels (Beibehalten der für Verteidigung nötigen Gebiete). Für die jetzige Regierung sei die Ankurbelung der Wirtschaft (Liberalisierung, Bekämpfung Arbeitslosigkeit) prioritär.

*16. D. Hurd (DH), Aussenminister Grossbritanniens*³²

D[*ouglas Hurd*] gab dem klaren Wunsche seines Landes Ausdruck, die Schweiz als Mitglied der EG zu sehen.³³

Es gebe keinen Grund, die CH von den laufenden Programmen der EG auszuschliessen. Die pragmatische Annäherung sollte so weit wie möglich fortgesetzt werden, um einen späteren Beitritt zu erleichtern.

Im Zusammenhang mit der Haltung GB's im Jugoslawienkonflikt drückte D[*ouglas Hurd*] den Dank GB's für die Beherbergung der Konferenz in Genf aus.³⁴ Er unterstreicht, dass eine Lösung nur durch Verhandlungen zu erreichen sei.

Mit Bezug auf Mazedonien hoffte er, dass dieses Land unter einer provisorischen Staatsbezeichnung («Former Macedonian Republic of Yugoslavia») in die UNO aufgenommen werde bis ein Schiedsgericht sich zum definitiven Namen geäussert habe.³⁵

³⁰ Vgl. dazu die Notiz der Politischen Abteilung II des EDA vom 18. Januar 1993, dodis.ch/65284.

³¹ Am 28. Januar 1993 traf der israelische Aussenminister Shimon Peres bereits mit Bundesrat Felber zu einem Arbeitsmorgenessen in Bern zusammen, vgl. dodis.ch/64308. Im Mai 1993 reiste zudem der Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Jakob Kellenberger, nach Israel, vgl. DDS 1993, Dok. 25, dodis.ch/65375.

³² Der britische Aussenminister Douglas Hurd empfing bereits am 16. November 1992 Bundespräsident Felber zu Gesprächen in London, vgl. DDS 1992, Dok. 54, dodis.ch/60741.

³³ Dieser Wunsch wurde auch vom britischen Premierminister John Major anlässlich seines Besuchs in Bern am 5. April 1993 geäussert, vgl. DDS 1993, Dok. 11, dodis.ch/62495.

³⁴ Vgl. DDS 1992, Dok. 55, dodis.ch/60645, sowie die thematische Zusammenstellung Genfer Jugoslawienkonferenz (26.8.1992–30.1.1996), dodis.ch/T2213.

³⁵ Vgl. DDS 1993, Dok. 22, dodis.ch/65017, sowie die thematische Zusammenstellung Anerkennung Mazedoniens, dodis.ch/T2103.

17. M. Matsuura, Vize-Aussenminister Japans

Das Schwergewicht des Gesprächs bildeten die Themen bilaterale Beziehungen, der nächste Gipfel der G7 in Tokio und das GATT.

1. Bilaterale Beziehungen: Es bestehen keine grösseren bilateralen Probleme. Matsuura verspricht, das alte CH-Begehren des verbesserten Marktzugangs in Japan z. B. für Bündnerfleisch und Skischuhe zu prüfen.³⁶

2. Treffen der G7: Japan misst dem nächsten G7 Gipfel in Tokio grosse Bedeutung bei.³⁷ M[at-suura] umriss die drei Hauptziele wie folgt:

– Unterstützung Russlands; diese sei notwendig, aber nach wie vor aufgrund von bürokratischen Hürden und der oft «kompetenzlosen» russischen Gesprächspartner schwierig. Die Beziehungen Japans zu Russland sind nicht zuletzt wegen der ungelösten Frage der Kurilen-Inseln eher kühl.

– Ankurbelung der Weltwirtschaft; die Erholung der Weltwirtschaft erfolgt langsamer als erhofft. Japan schreibt der neuen US-Regierung diesbezüglich die Schlüsselrolle zu. M[at-suura] hofft, dass die bisherige Schutzmentalität im US-Handel durch die neue Administration abgebaut wird.

– Entwicklungsländer; Japan erachtet es als wichtig, in der heutigen Zeit der europäischen Integration und der Osthilfe die Entwicklungsländer nicht zu vergessen. Besonderes Augenmerk bedürfe insbesondere auch der asiatische Raum.

3. GATT: Beim GATT ist Japan an einem raschen Abschluss der Uruguay-Runde interessiert.³⁸ M[at-suura] hofft, dass unter Mithilfe der USA die Uruguay-Runde noch dieses Jahr zu Ende geführt werden kann.³⁹

Allgemein brachte Matsuura das grosse Interesse seines Landes an der aktuellen Situation und Position der Schweiz in Europa zum Ausdruck.

18. J. L. Bianco, Verkehrsminister Frankreichs (eh. Stabschef im Elysée)

J. L. Bianco unterstützt rasche Luftverkehrs- und Strassenverkehrsverhandlungen EG–Schweiz voll und ganz.⁴⁰ Frankreich sei bereit, der Schweiz die europäische Integration auch nach dem 6. Dezember 1992 soweit als möglich zu erleichtern. Präsident Mitterrand werde sich persönlich dafür einsetzen.⁴¹ Allgemein zeigte J. L. Bianco sehr viel Verständnis für die Haltung der Schweiz.

Bundespräsident Ogi gab namens der Schweiz seine Unterstützung der französischen Kandidatur für die Präsidentschaft im ECAC bekannt. (Am 13./14.2.93 werden bei einem weiteren Treffen zwischen Bianco und Ogi verkehrspolitische Themen und Probleme zwischen der Schweiz und Frankreich erörtert.)⁴²

36 Vgl. dazu die Zusammenstellungen dodis.ch/C2050 und dodis.ch/C2051.

37 Vgl. dazu dodis.ch/64706.

38 Zur Haltung Japans in der Uruguay-Runde vgl. die Notiz des BAWI zum Besuch des Vizeministers für internationalen Handel und Industrie, Noboru Hatakeyama, im Juli 1992 in Bern und Zürich, dodis.ch/60036.

39 Zum Abschluss der Uruguay-Runde des GATT vgl. DDS 1993, Dok. 60, dodis.ch/64443.

40 Zu den Verkehrsverhandlungen Schweiz–EG vgl. die thematische Zusammenstellung Bilaterale Abkommen I: Landverkehr und Luftverkehr (1993–1999), dodis.ch/T1704.

41 Zur Haltung des französischen Präsidenten François Mitterrand gegenüber der Schweiz vgl. DDS 1991, Dok. 25, dodis.ch/58092; DDS 1992, Dok. 54, dodis.ch/60741, sowie DDS 1993, Dok. 29, dodis.ch/64150.

42 Vgl. dazu dodis.ch/62489.

19. Kommissar H. v. d. Broek, EG-Kommission

Kommissar H. v. d. Broek betonte, dass die EG den Volksentscheid vom 6.12.92 akzeptiere.⁴³ Es ergäben sich aber klare Konsequenzen. Der EWR-Vertrag müsse aufgrund des «Ausscherens» der Schweiz angepasst werden. Er betrachte diese notwendig gewordenen Änderungen eher als technische Anpassungen. Zu den bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EG war der Kommissar zurückhaltend.⁴⁴ Die Schweiz könne nicht einfach einzelne Stücke aus dem EWR herausbrechen. Verschiedene EG-Mitgliedländer würden dies als «Rosinenpicken» empfinden. Er sei jedoch überzeugt, dass die Schweiz in Europa nicht isoliert werde.⁴⁵

Innerhalb der EG seien vorerst die Probleme der Erweiterung und Vertiefung anzugehen.

43 Zu den Reaktionen der EG-Mitgliedstaaten nach der EWR-Abstimmung vgl. DDS 1992, Dok. 60, dodis.ch/60956.

44 Für eine Einschätzung der Beziehungen Schweiz–EG durch Kommissar Hans van der Broek vgl. die Aufzeichnung seines Gesprächs mit dem Chef der schweizerischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, Botschafter Benedikt von Tscharnier, vom 28. April 1993, dodis.ch/64674.

45 Vgl. dazu die Verhandlungsprotokolle der Bundesratssitzungen vom 13. Januar, dodis.ch/63985, und vom 20. Januar, dodis.ch/63986, sowie die BR-Prot. Nr. 13 vom 13. Januar, dodis.ch/63890; Nr. 40 vom 13. Januar, dodis.ch/63913, und Nr. 56 vom 20. Januar 1993, dodis.ch/63922. Am 24. Februar 1993 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens, dodis.ch/64684.